

„Er ist ein Feind dieses Staates!“

(Martin Niemöllers Aktivitäten in den Anfangsjahren
der Bundesrepublik Deutschland

Martin Greschat

Aufgeregt reagierten große Teile der westdeutschen Presse, als in den letzten Dezembertagen des Jahres 1951 bekannt wurde, Martin Niemöller werde Anfang Januar 1952 auf Einladung des russisch-orthodoxen Patriarchen von Moskau in die Hauptstadt der UdSSR reisen. Die Politiker der führenden Parteien äußerten sich dezidiert ablehnend. So empfahl z. B. der Parteivorstand der Jungdemokraten dem hessischen Kirchenpräsidenten, doch gleich in Moskau zu bleiben. Der Pressedienst der Sozialdemokratie rückte Niemöllers Reise auf dieselbe Ebene wie das neutralistische Unternehmen des ehemaligen Reichskanzlers Joseph Wirth und nannte das Eine wie das Andere „absolut unerfreuliche Aktionen“. Das „Darmstädter Echo“ titelte: „Wirth und Niemöller ‚spielen das Spiel der Russen‘“, und Karl Gerold, Chef der „Frankfurter Rundschau“, attackierte beide Männer unter der Überschrift „Wallfahrt gegen Europa“. Adenauer schließlich klagte, dass Niemöller seiner Regierung – wieder einmal – „in den Rücken falle“.¹ Zurückhaltender äußerten sich in der Regel evangelische Gremien und Presseorgane.² Aber der angesehene Tübinger Theologe und Vorsitzende der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Helmut Thielicke, schrieb in einem Offenen Brief an Bischof Dibelius, den Ratsvorsitzenden der EKD, er müsse in seiner Eigenschaft als Theologe ebenso wie als Sprecher der westdeutschen Universitäten und Hochschulen entschieden protestieren: „Ich fühle mich nämlich verpflichtet, Verwahrung dagegen einzulegen, dass Kirchenpräsident Niemöller nach Moskau reist und dass jedenfalls kein Einspruch der verantwortlichen Kirchenorgane dagegen in der Öffentlichkeit laut geworden ist. Vermutlich wird man mir antworten, dass Niemöller selbst gesagt haben soll, dass die Einladung nicht an die Evangelische Kirche, sondern an ihn persönlich ergangen sei. Das ist dann nur die gleiche und unsachgemäße Argumentation,

¹ Die Zitate bei Jan Niemöller: *Erkundung gegen den Strom*. Stuttgart 1988, 34. Zu Wirth vgl. Ulrike Hörster, *Joseph Wirth, 1879–1956*. Eine politische Biografie. Paderborn 1998.

² Ein Beispiel dafür ist die Erklärung der Schleswig – holsteinischen Kirchenleitung: *Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland (KJ)* 79. 1952, 6f.

die viele Niemöller – Affären der letzten Jahre belastet hat: Dass ein Mann in dieser Stellung überhaupt als Privatmann öffentlich handeln dürfe. Sie werden ebenso gut wissen wie ich, sehr verehrter Herr Bischof, wie unzählige evangelische Christen aufs äußerste darüber betrübt sind, dass die Leitung der EKD tatenlos oder jedenfalls ohne wirksame Gegenwehr ein Unglück nach dem anderen geschehen lässt [...] Ich brauche nicht hinzuzufügen, dass wir jede Möglichkeit begrüßen, die den Ost – West – Konflikt entschärft und unseren Gefangenen in Russland Hilfe bringt. Aber dass man einen Mann mit der Behandlung dieses heikelsten aller Probleme befasst, der in den letzten Jahren immer wieder verwirrt und verwirrend gehandelt hat und schon lange nicht mehr eine einst von uns so geachtete Linie verfolgt, das ist Schuld und Unglück zugleich.“³

Bis in den Tonfall fasste dieses Schreiben die gängigen Einwände gegen Niemöller zusammen: Das war nicht mehr der Mann, der für die Freiheit der Kirche gegen Hitler und den Nationalsozialismus aufgetreten war! Jetzt trat er mit seinen Interviews und öffentlichen Stellungnahmen nahezu als Parteigänger Moskaus und der ostdeutschen Kommunisten auf. Und musste man aufgrund seiner Ämter – Niemöller war immerhin Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau sowie Leiter des Kirchlichen Außenamtes der EKD – nicht davon ausgehen, innerhalb und erst recht außerhalb der evangelischen Kirche, dass dieser Mann folglich auch im Namen dieser Kirche sprach? Niemöller war allzu bekannt und als Prediger und Politiker auch zu einflussreich, als dass man über seine Äußerungen stillschweigend hätte hinweggehen können. Außerdem gehörte er in den Anfangsjahren der Bundesrepublik zu den entschiedensten Gegnern der westdeutschen Staatsgründung und insbesondere der Politik Konrad Adenauers.

1. Der Kalte Krieg

Verständlich wird diese Erregung nur auf dem Hintergrund des Kalten Krieges, der seinen Höhepunkt in den frühen fünfziger Jahren erreichte.⁴ Die USA sahen sich ebenso bedroht wie die UdSSR. Der kommunistische Staatsstreich in Prag im Februar 1948 und der Beginn der Blockade Berlins Ende Juni

³ KJ 1952, 7f. Dort findet sich auch die souveräne Antwort von Dibelius mit seiner Verteidigung von Niemöller. Allerdings waren Dibelius die Sorgen, die Thielicke hier äußerte, nicht fremd, wie seine Briefe an Wellhausen (10. 11. 1950, NL Heinemann) und später an Bischof Bell (Gerhard Besier, Zum Beginn des theologischen Gesprächs zwischen EKD und der Russischen Orthodoxen Kirche nach dem Zweiten Weltkrieg. In: *Evangelische Theologie* 46. 1986, 73–90, bes. 85ff.) belegen.

⁴ Aus der reichen Literatur zum Thema verweise ich besonders auf die folgenden Überblicke: Vladislav Zubok/ Constantine Pleshakov, *Inside the Kremlin's Cold War. From Stalin to Khrushchev*. Cambridge, Mass. 1996; François Furet, *Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert*. München 1996; Stephen Ambrose/ Douglas G. Brinkley, *Rise to Globalism. American Policy since 1938*. New York ⁸1997; Wilfried Loth,

desselben Jahres, die Zündung der ersten sowjetischen Atombombe am 29. August 1949, die Proklamation der Volksrepublik China, ebenfalls 1949, am 1. Oktober, schließlich der Beginn des Koreakrieges am 25. Juni 1950 belegten in den Augen der Amerikaner die Aggressivität der Sowjetunion und ihr Bemühen, die Welt schrittweise ihrer Herrschaft zu unterwerfen. Die Antwort darauf bildete die im Frühjahr 1950 fertig gestellte Stellungnahme Nr. 68 des Nationalen Sicherheitsrates der USA (National Security Council – NSC 68): Weil die UdSSR eine globale Bedrohung darstelle und jederzeit an verschiedenen Stellen außenpolitisch losschlagen könnte – oder auch innenpolitisch durch die von Moskau abhängigen kommunistischen Parteien –, müssten die Vereinigten Staaten ebenfalls weltweit militärisch sowie ideologisch gerüstet sein, um den Angreifern erfolgreich entgegenzutreten zu können. Eine Mischung aus Aggressivität und Angst mündete somit in ein enormes Rüstungsprogramm.

Dasselbe gilt für die Sowjetunion. Stalin misstraute allen kapitalistischen Mächten und insbesondere den USA mindestens ebenso sehr wie diese ihm. Die wirtschaftliche Überlegenheit der Amerikaner war ihm bekannt. Die zahlreichen Stützpunkte, welche Washington rings um die UdSSR zu errichten versuchte, mussten ihn ebenfalls beunruhigen. Zuversicht verliehen dem Diktator und seinem Führungskreis dagegen die Überzeugung, dass die kapitalistischen Staaten aufgrund der inneren Widersprüche dieses Systems früher oder später zusammenbrechen müssten. Strukturell dieselbe Überzeugung herrschte in den USA. Auch hier zweifelte man nicht daran, dass das eigene demokratisch-kapitalistische System allen anderen prinzipiell überlegen sei, erst recht natürlich dem kommunistischen. Sehr viel geschickter als die Amerikaner verstand es Moskau jedoch, die eigenen Rüstungsanstrengungen zu verbergen und stattdessen für eine weltweite Friedensbewegung zu werben. Diese sollte, ganz auf der Linie der Volksfrontbewegung der dreißiger Jahre, ausdrücklich diejenigen ansprechen und mobilisieren, die keine Kommunisten waren oder sein wollten. Das Drängen auf Verhandlungen, Ächtung der Atomwaffen, allgemeine Abrüstung und eben Frieden war es, was die 1949 gegründete Weltfriedensbewegung auf ihre Fahnen schrieb. Und dieses Gedankengut fiel vor allem in Europa auf fruchtbaren Boden.

Es fällt schwer, die Situation auf diesem Kontinent in wenigen Sätzen zu charakterisieren. Überall sehnte man sich nach Frieden. Viele strebten nach einem Zusammenschluss über die nationalen Grenzen hinweg zu einem vereinten Europa. Aber sehr bald schon zeigte sich, dass die antagonistisch einander gegenüberstehenden Hegemonialmächte eine derartige Übereinkunft nur zu ihren jeweils eigenen Bedingungen akzeptierten. Folglich verlief bald eine Trennungslinie quer durch Europa. Der eine Teil musste sich an Moskau orientieren, der andere an Washington.

Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941–1955. Neuausgabe München 2000; Norman Friedman, *The Fifty-Year War. Conflict and Strategy in the Cold War*. London 2000; Georges-Henri Soutou, *La Guerre de Cinquante Ans. Le conflit Est-Ouest 1943–1990*. Paris 2001.

Die Europäer im Westen wie im Osten wussten sich gegenüber ihren Hegemonialmächten vielfach überlegen. Doch gleichzeitig fürchteten die Menschen und Regierungen im Westen das Vordringen der Sowjetunion, dem sie sich nahezu wehrlos ausgeliefert fühlten. Die USA zögerten, militärische Garantieerklärungen abzugeben. Sie verlangten zunächst beträchtliche eigene Leistungen der Europäer. Diese wollten, allen voran Großbritannien und mehr noch Frankreich, jedoch unbedingt ihre Eigenständigkeit gegenüber den USA bewahren. Aber gleichzeitig waren sie ökonomisch, militärisch und politisch viel zu schwach, um eine wirklich selbständige Rolle zwischen den sich herausbildenden Blöcken im Osten und Westen zu spielen. So entstand im April 1949 die NATO, in der sich unter amerikanischer Führung zwölf Staaten zu einem Verteidigungsbündnis zusammenschlossen – Kanada, Großbritannien, Frankreich und die Benelux-Länder, Italien, Portugal, Dänemark, Norwegen sowie Island.⁵ Bei der Unterzeichnung der Verträge in Washington spielte eine Militärkapelle Gershwins „I’ve Got Plenty of Nothin‘“, gefolgt allerdings von „It Aint Necessarily So“! Die danach wieder auseinanderdriftenden Aktivitäten der Westeuropäer bündelte dann das Erschrecken über den Koreakrieg. Man sah sich unmittelbar bedroht, darüber hinaus fürchteten London und Paris das Übergreifen des Krieges auf ihre Kolonien in Asien. Dem dringenden Ruf nach einem verstärkten Engagement in Europa stimmte Washington im September 1950 unter der Bedingung der Wiederbewaffnung Westdeutschlands zu.⁶ Die USA konkretisierten hiermit die Überlegungen von NSC 68: Ohne westdeutsche Truppen könnte man der globalen Bedrohung durch die Sowjetunion nicht begegnen. Obwohl britische und auch französische Militärs dieser Logik wenig entgegenzusetzen vermochten, reagierten die Politiker schroff ablehnend. Die Briten lenkten dann vorsichtig ein, die Franzosen beharrten jedoch beim Nein. Einen Ausweg aus diesem Dilemma schien der schließlich Ende Mai 1952 unterzeichnete Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) zu bieten.⁷ Er sah die Integration begrenzter westdeutscher Truppenteile in einem von Frankreich geführten militärischen Verband vor. Die entschiedene französische Ablehnung selbst dieser eingegrenzten Wiederbewaffnung der Bundesrepublik dauerte jedoch an. Geradezu fieberhaft versuchte Paris deshalb seit dem Herbst 1950, eine Verständigung mit Moskau zu erreichen, wodurch die Bewaffnung Westdeutschlands überflüssig würde. Diese Bemühungen scheiterten an der Unnachgiebigkeit der Sowjetunion.

⁵ Christian Greiner, Die alliierten militärstrategischen Planungen zur Verteidigung Westeuropas 1947–1950. In: *Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956*. Bd. 1, München 1982, 119–323, bes. 148–162. Das Zitat 161.

⁶ Norbert Wiggershaus, Die Entscheidung für einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag 1950. In: *Ebd.*, 325–402.

⁷ Ausführlich dazu Klaus A. Maier, Die internationalen Auseinandersetzungen um die Westintegration der Bundesrepublik Deutschland und um ihre Bewaffnung im Rahmen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. In: *Ebd.*, Bd. 2, München 1990, 1–234; Ulrich Lappenküper, *Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963*. Bd. 1, 1949–1958. München 2001, bes. 489–829.

Sie band die Staaten in ihrem Herrschaftsbereich sogleich sehr viel strenger und enger in ihr System ein. Abgesehen von Jugoslawien, wo es Tito gelang, einen von Moskau unabhängigen Kurs zu steuern, wurden überall ideologisch, politisch und ökonomisch gleichgeschaltete Volksdemokratien errichtet. Stalin treu ergebene Personen leiteten und kontrollierten durch die Partei, das Militär, die Polizei sowie die Staatssicherheit die Gesellschaft. Der 1949 gegründete Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW, auch COMECON) sollte die Planwirtschaften der Staaten koordinieren. Im September 1950 trat ihm auch die DDR bei.

Deutschland stand in mehrfacher Hinsicht im Zentrum des Kalten Krieges. Gleichzeitig verfügten die geschlagenen und nach der bedingungslosen Kapitulation von den vier Siegermächten besetzten und verwalteten Deutschen über die geringsten Möglichkeiten, ihr eigenes Schicksal zu gestalten. Das heißt nicht, dass Ulbricht im Osten und Adenauer im Westen über keinen politischen Spielraum verfügt hätten. Nicht einmal die Sowjetunion unter Stalin war derart monolithisch. Adenauer verfügte über mehr Möglichkeiten, auch weil er sich mit drei Mächten auseinander setzen musste, die in ihren Zielsetzungen, wie wir sahen, keineswegs übereinstimmten. Beide deutsche Politiker konnten jedoch in diesen Jahren keinen Schritt tun, der nicht mit der politisch-ideologischen Linie der jeweiligen Hegemonialmacht übereinstimmte.

Konrad Adenauer war bereits vor 1945 zu der Überzeugung gekommen, dass es sich bei der Teilung Deutschlands und Europas zunächst einmal um ein unabänderliches Faktum handelte. Diese Bipolarität von Ost und West bildete die Basis seines politischen Denkens und Handelns.⁸ Den Kommunismus, die Sowjetunion und Stalin beurteilte er ebenso negativ wie Hitler und den Nationalsozialismus. Deshalb musste die Bundesrepublik sich an die USA binden, weil nur diese Macht Schutz vor der Bedrohung aus dem Osten zu bieten vermochte. Insofern war Adenauer in der Tat „für die westlichen Siegermächte der ideale Partner. Er war bereit, Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen und klug genug, sich den politischen Realitäten anzupassen. Er sah keine Alternative zur Westbindung und wollte als überzeugter Westeuropäer auch keine suchen.“⁹

⁸ Aus der Fülle der Literatur hebe ich hervor: Arnulf Baring, *Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie*. 2 Bde. München ²1971; Hans-Peter Schwarz, *Adenauer*. Bd. 1: *Der Aufstieg, 1876–1952*. Stuttgart 1986; Anselm Doering-Manteuffel, *Die Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer*. Darmstadt ²1988; Ludolf Herbst, *Stil und Handlungsspielräume westdeutscher Integrationspolitik*. In: H. Herbst u.a. (Hg.), *Vom Marshallplan zur EWG*. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt. München 1990, 3–18; Hans-Erich Volkmann, *Die innenpolitische Dimension adenauerischer Sicherheitspolitik in der EVG-Phase*. In: *Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956*. Bd. 2, München 1990, 235–604; Hermann-Josef Rupieper, *Der besetzte Verbündete*. Die amerikanische Deutschlandpolitik 1949–1955. Opladen 1991; Christoph H. Werth, *Konrad Adenauer – Strategie und Weltbild*. Frankfurt a.M. 1991.

⁹ Walter Vogel, *Vertane Chancen? Die Deutschlandfrage in den Konzeptionen der Besiegten in Westdeutschland 1945–1955*. Teil 2. In: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 41, 1990, 396–417. Zitat 408.

Das bedeutete jedoch nicht, dass Adenauer für die Bundesrepublik lediglich die Rolle eines Satelliten Amerikas erstrebte. Er wollte die Souveränität und die volle Gleichberechtigung Deutschlands im Rahmen eines westeuropäischen Zusammenschlusses. Um dahin zu kommen, müsse Deutschland jedoch grundsätzlich auf die Versuchung verzichten, eine eigene Politik zwischen Ost und West zu betreiben. Und es durfte keine Neutralisierung Deutschlands geben, weil diese das Land notwendig zum Spielball der überlegenen Mächte im Osten und Westen machen würde. Dass die USA und Großbritannien das im Grunde genau so sahen, befriedigte Adenauer. Dass Frankreich zwischen dieser Einsicht und der Neigung schwankte, Deutschland – im Einvernehmen mit der Sowjetunion – auf der Grundlage der Potsdamer Beschlüsse oder im Rahmen eines europäischen Sicherheitssystems mit der Neutralisierung zu beherrschen¹⁰, beunruhigte ihn zutiefst. „Ich habe auch meinen Alptraum“, bemerkte Adenauer einmal, anspielend auf eine Äußerung Bismarcks: „Er heißt Potsdam.“ Und weiter: „Die Außenpolitik der Bundesrepublik“ – also die von ihm bestimmte – „war von jeher darauf gerichtet, aus dieser Gefahrenzone herauszukommen.“ Gleichzeitig verglich er die Möglichkeiten der Siegermächte, sich ohne Rücksicht auf die Interessen Deutschlands und vollends gegen diese zu verständigen, mit zwei Mühlsteinen, die das Land zermahlen würden.¹¹

Zur Abwendung vom deutschen Sonderweg gehörte für Adenauer neben der grundlegenden Bindung an die USA das Mühen um ein neues Verhältnis zu Frankreich. Die alte deutsch-französische „Erbfeindschaft“ hatte in der Vergangenheit wesentlich zur „Einkreisung“ Deutschlands beigetragen. Also musste man alles daransetzen, urteilte Adenauer, die Gefahr dieser politischen Zange zu eliminieren. Frankreich sollte nicht länger in Russland seinen natürlichen Verbündeten finden, sondern in Deutschland. Im Bündnis mit den USA und einem vereinten Europa, gegründet auf der Kooperation mit Frankreich, würde die Bundesrepublik schließlich stark genug sein, um auch die Wiedervereinigung Deutschlands zu erreichen.

Die westlichen Alliierten zeigten sich zunächst jedoch keineswegs geneigt, dem Bundeskanzler entgegenzukommen. Adenauers Hoffnung, die durch den Koreakrieg im westlichen Lager intensivierete Diskussion über einen westdeutschen Truppenbeitrag für die Beförderung der Souveränität der Bundesrepublik nutzen zu können, wurde voll und ganz enttäuscht. Die Westmächte sahen zwar die beträchtlichen Schwierigkeiten, in die Adenauer durch die Vorstöße aus dem Osten geriet – dazu sogleich mehr –, aber sie hielten auch in den folgenden Wochen und Monaten unvermindert an ihrer Politik der strengen Einengung der Bundesrepublik fest. Die Anfang März 1951 von ihnen einseitig verfügte Revision des Besatzungsstatuts blieb weit hinter dem zurück, was selbst skeptische westdeutsche Politiker erwartet hatten. Ein neuer Vorstoß Adenauers endete mit einer schweren Niederlage

¹⁰ Vgl. dazu U. Lappenküper, *Deutsch-französische Beziehungen*, Bd. 1, 2001, 140–178.

¹¹ Zit. bei H.-P. Schwarz, *Adenauer*. Bd. 1, 1986, 833.

für den Kanzler.¹² Auch bei dem am 22. November 1951 in Paris paraphierten „Generalvertrag“, der an die Stelle des Besatzungsstatuts trat, kamen die Westmächte Adenauer kaum entgegen. Der Vertrag konzidierte der Bundesrepublik weder die volle Souveränität noch eine klare Sicherheitsgarantie und auch nicht die Gleichberechtigung westdeutscher Truppen. Am 26. Mai 1952 wurde der Generalvertrag als „Deutschlandvertrag“ unterzeichnet, einen Tag später der EVG-Vertrag, der schließlich 1954 von Frankreich abgelehnt wurde. Zu diesem Zeitpunkt war die Bundesrepublik jedoch bereits fest im Westen verankert. Aber die Monate und Jahre bis zum Mai 1952 gehörten für Adenauer und seine Politik zu den schwierigsten seiner Kanzlerschaft. Zu Recht hat sein Biograf über die Zeit von 1950 bis 1952 die Überschrift gesetzt: „Im Dauertief“.¹³

In dem Maß, in dem die Westmächte und insbesondere die USA die Wiederbewaffnung und Integration der Bundesrepublik in ihr Lager vorantrieben, rückte die Sowjetunion die Wiedervereinigung Deutschlands in den Mittelpunkt ihrer Politik. Vertrat Konrad Adenauer aus Notwendigkeit und Überzeugung am entschiedensten die Linie des Westens, spielte Walter Ulbricht die analoge Rolle im Osten. Als bedingungsloser Gefolgsmann Moskaus besaß er in der DDR von Anfang an die führende Position.¹⁴ Sein Lebensziel war der Aufbau des Sozialismus sowjetischer Prägung in Deutschland. Zusammen mit der SED übernahm Ulbricht nun nach den Weisungen Stalins die deutschlandpolitische Initiative. Sie fand in der Bundesrepublik ein breites, weit über die kommunistische Klientel hinausreichendes Interesse.¹⁵ Gleichzeitig sank dort die Zustimmung zu Adenauers Politik. Im Frühjahr 1950 zeigten sich lediglich 28% der Bevölkerung mit dem Vorgehen des Bundeskanzlers einverstanden, vom Sommer 1950 bis zum Herbst pendelten die Zahlen zwischen 23% und 24%.¹⁶ Am 20. April 1951 informierte Staatssekretär Otto Lenz den Bundeskanzler, „dass die Quote auf 20% abgesunken“ sei.¹⁷

¹² Der französische Hohe Kommissar François-Poncet empfand Adenauers Vorstellungen „unglaublich vereinfachend und naiv“. Zit. bei U. Lappenküper, *Deutsch-französische Beziehungen*, Bd. 1, 2001, 125.

¹³ H.-P. Schwarz, *Adenauer*, Bd. 1, 1986, 776–796.

¹⁴ Mario Frank, *Walter Ulbricht. Eine deutsche Biografie*. Berlin 2001. Vgl. auch Carola Stern, *Ulbricht. Eine politische Biografie*. Köln 1964.

¹⁵ Besonders instruktiv erscheinen mir dazu die folgenden Untersuchungen: Michael Lemke, *Eine deutsche Chance? Die innerdeutsche Diskussion um den Grotewohl-Brief vom November 1950 auf der Entscheidungsebene*. In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 43. 1996, 25–40; Heike Amos, *Die Westpolitik der SED 1948/49–1961*. Berlin 1999; Gerhard Wettig, *Bereitschaft zur Einheit in Freiheit? Die sowjetische Deutschland-Politik 1945–1955*. München 1999; Torsten Ripper, *Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Die Entwicklung der wissenschaftlichen Debatte*. In: *Zeitgeschichte* 26. 1999, 372–396; Wladimir K. Wolkow, *Die deutsche Frage aus Stalins Sicht (1947–1952)*. In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 47. 2000, 20–49; Michael Lemke, *Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949–1961*. Köln 2001; Jürgen Zarusky (Hg.), *Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analysen*. München 2002.

¹⁶ H.-P. Schwarz, *Adenauer*. Bd. 1, 1986, 776.

¹⁷ Klaus Gotto u. a. (Hg.), *Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz, 1951–1953*. Düsseldorf 1989, 62. 73.

Die Sowjetunion und ihre Vasallen proklamierten den Willen zum Frieden und zur Wiederherstellung der deutschen Einheit gegen den Imperialismus der USA und ihre Kreaturen in der Bundesrepublik. Zur Zusammenfassung aller friedliebenden Kräfte erfolgte auf Weisung Stalins am 4. Oktober die Gründung der "Nationalen Front". Sie sollte im Westen unter der Anleitung der KPD arbeiten, in der DDR unterstand sie selbstverständlich der SED. Bei ihr überweg die Überzeugung, dass es in Kürze gelingen werde, Deutschland im Sinn der kommunistischen Ideologie zu vereinen und umzugestalten. Denn die Zeit, hieß es, arbeite für den Sozialismus, wohingegen der Kapitalismus zugrunde gehen müsse. Wie sehr diese Ideologie realitätsblind machen konnte, belegt ein Bericht über das Treffen einer ostdeutschen Delegation mit Stalin am 4. Mai 1950.¹⁸ Als das Gespräch auf die „Nationale Front“ kam und Ministerpräsident Grotewohl vorsichtig Schwierigkeiten bei der Durchsetzung dieses Programms im Westen andeutete, korrigierte ihn Stalin. Eine breit angelegte Friedenskampagne werde ganz sicher Erfolg haben. „Warum?“, fuhr Stalin fort. „Weil alle Handlungen der Amerikaner genau in diese Richtung gehen: langfristige Besatzung, Vereitelung eines Friedensvertrags, Demontage, Massenarbeitslosigkeit, keine Gewährleistung der Mittel zum Leben für die Arbeiter und ihre Familien. Die Amerikaner und die Briten selbst bringen – ohne es zu wollen – dem deutschen Volk den Widerstand bei.“ Das geschehe natürlich nicht von heute auf morgen. Aber man müsse doch auch „das sehen, was mit bloßem Auge nicht zu sehen ist. Im Volk existiert und verstärkt sich der Hass auf die Imperialisten, die in Westdeutschland zurzeit mehr als Okkupanten denn als Imperialisten betrachtet werden. Deshalb sind die Perspektiven in Westdeutschland besser, als im Bericht Grotewohls zum Ausdruck gekommen ist.“ Gegen diese Darlegung gab es keinen Widerspruch.

Erheblichen Anlass zum Optimismus bot der SED dann die weitreichende Ablehnung der Widerbewaffnung in der Bundesrepublik.¹⁹ Dieses Thema bildete nun schnell den Dreh- und Angelpunkt der östlichen Propaganda. Weiteren Auftrieb erhielten diese Politiker durch den Rücktritt Gustav Heinemanns als Innenminister.²⁰ Sicherlich überschätzten sie die Auswirkungen dieses Schrittes. Aber das ließ sich zunächst, also im Oktober 1950, noch keineswegs abschätzen. In derselben Zeit, nämlich am 20./21. Oktober, protestierten die Staaten des Ostblocks bei einem Treffen der Außenminister in Prag gegen die Widerbewaffnung Westdeutschlands und initiierten eine umfassende politische Offensive: Am 30. November wandte sich Grotewohl an Adenauer und schlug ihm die Bildung eines paritätisch mit Vertretern aus beiden Staaten besetzten Gesamtdeutschen Rates vor. Die Wirkung dieses wiederum von der Sowjetunion beschlossenen Vorstoßes war diesseits und jenseits der Zonengrenze enorm. Adenauer musste antworten. Um jedoch die DDR in keiner Weise anzuerkennen, lehnte er den Vorschlag

¹⁸ Zit. bei W. K. Wolkow, *Deutsche Frage*, 2000, 41.

¹⁹ Vgl. dazu die in Anm. 8 genannte Literatur.

²⁰ Über die Titel in Anm. 8 hinaus noch Diether Koch, *Heinemann und die Deutschlandfrage*. München 1972; Josef Müller, *Die Gesamtdeutsche Volkspartei*. Düsseldorf 1990.

der SED am 15. Januar 1951 in einer Regierungserklärung ab. Diese verringerte jedoch nicht den massiven Druck, dem Adenauer sich nun bis in die Reihen führender Vertreter der CDU ausgesetzt sah. Denn die SED konnte mit der Ende Januar von der Volkskammer dem Bundestag sowie der Bundesregierung übermittelten und zugleich breitenwirksam in die Öffentlichkeit getragenen zugkräftigen Appell „Deutsche an einen Tisch!“, einen weiteren Erfolg verbuchen. Rund 60% der westdeutschen Bevölkerung stimmte dieser Devise sowie der Forderung von Verhandlungen zwischen beiden deutschen Regierungen zu.²¹ Neben angesehenen Politikern wie Jakob Kaiser, Theodor Heuß oder Hermann Ehlers, die für eine sorgfältige Prüfung des Vorschlags eintraten, bemühten sich insbesondere Repräsentanten der evangelischen Kirche, Voraussetzungen für die Durchführung deutsch-deutscher Gespräche zu schaffen. Bischof Dibelius bot sich Bonn als Vermittler an. Neben Heinemann gehörte auch Propst Heinrich Grüber, der Bevollmächtigte der EKD bei der Regierung der DDR, zu einem Kreis, der dafür eintrat, dass die evangelische Kirche dem ostdeutschen Gesprächsangebot offiziell zustimmte. Der Berliner Generalsuperintendent Friedrich Wilhelm Krummacher schließlich, der über gute Beziehungen zur sowjetischen Kontrollkommission verfügte, erklärte sich ebenfalls bereit, „für ein Zusammentreffen Grotewohl – Adenauer die Brücke zu bilden“.²²

Um ihrer Aktion einen möglichst breiten Rückhalt in der Bevölkerung zu verschaffen, organisierte die SED eine Volksbefragung in beiden deutschen Staaten. Von der Bundesregierung wurde sie am 24. April verboten. Zu diesem Zeitpunkt hatten von 6.267 312 Personen 5.917 683 die Frage bejaht: „Sind Sie gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für einen Friedensvertrag mit Deutschland im Jahre 1951?“²³ Das Ergebnis spiegelte sicherlich die Stimmung eines großen Teils der Bevölkerung. Zugleich zeigte sich jedoch, dass es der SED nicht gelang, in Westdeutschland einen politisch relevanten Ansprechpartner zu finden. Die zahlreichen pazifistisch, neutralistisch oder nationalistisch gesinnten Kreise und Gruppen, die gegen den Kurs der Regierung protestierten, ließen sich nicht bündeln und bildeten somit keine politisch relevante Größe.²⁴ Der Versuch, die SPD zu spalten – nach der Devise „Basis gegen Spitze“ – scheiterte kläglich. Nachdrücklich lehnte Kurt Schumacher ein Eingehen auf die Offerte der SED ab und hatte dabei die Partei im Wesentlichen hinter sich. Der Sozialdemokrat charakterisierte Niemöller in diesem Zusammenhang als „einen Anti-Kommunisten, dessen Überzeugungen echt seien, deren praktische Anwendbarkeit jedoch so falsch seien [!], dass er niemals eine haltbare politische Meinung vertreten“ könne.²⁵

²¹ H.-J. Rupieper, *Besetzter Verbündeter*, 1991, 220f.

²² Zit. bei M. Lemke, *Einheit oder Sozialismus?* 2001, 137f. Hier wie auch sonst ist fälschlich vom „Greifswalder Generalsuperintendenten Karl Krummacher“ die Rede!

²³ Ebd., 144f.

²⁴ Ausführlich dazu Alexander Gallus, *Die Neutralisten*. Verfechter eines vereinten Deutschland zwischen Ost und West, 1945–1990. Düsseldorf 2001.

²⁵ H.-J. Rupieper, *Besetzter Verbündeter*, 1991, 222.

Die nächste große Unternehmung bereitete Moskau seit dem Frühjahr 1951 sorgfältig vor. Geplant wurde, dass im Herbst des Jahres beide deutsche Staaten oder, wenn die Bundesrepublik sich verweigerte, die DDR allein einen Friedensappell an die vier Siegermächte richten sollten. Die Sowjetunion wollte diesen Vorstoß dann zustimmend aufnehmen und den Westmächten den Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland unterbreiten. Genau so geschah es. Am 12. September 1951 übermittelte die Volkskammer dem Bundestag den Vorschlag, gesamtdeutsche Wahlen durchzuführen und den Entwurf eines Friedensvertrags vorzubereiten. Da Adenauer nach wie vor innenpolitisch einen schweren Stand hatte, sah er sich genötigt, auf das Angebot einzugehen. Am 27. September erfuhr daher die Öffentlichkeit, dass auch die Bundesrepublik freie Wahlen wünsche, die allerdings unter internationaler Kontrolle durchgeführt werden müssten. Dass diese Stellungnahmen in der DDR ebenso wie in der Bundesrepublik von einer enormen Propaganda begleitet wurden, liegt auf der Hand. Im Osten begriff man die Einwilligung der Bundesrepublik als einen weiteren großen Erfolg.

Der beträchtliche Wiederhall dieser Propaganda auch im Westen ließ allerdings verschiedene Probleme kaum ins Bewusstsein treten. So akzeptierte die SED zwar das in der Weimarer Republik praktizierte Wahlverfahren, wollte jedoch auch die von ihr abhängigen Massenorganisationen als Parteien akzeptiert sehen. Und eine Kontrolle der Wahlen durch die UNO lehnte sie ab. Einer Untersuchungskommission der Weltorganisation verweigerte die DDR am 9. Januar 1952 die Einreise. Aber das tat den großen Hoffnungen in breiten Kreisen der Bevölkerung nur wenig Abbruch. Vor allem in der evangelischen Kirche fiel die gesamtdeutsche Argumentation der SED auf fruchtbaren Boden. Wie ein Paukenschlag wirkte dann die sorgfältig vorbereitete sowjetische Friedensnote vom 10. März 1952.²⁶ Obwohl dieser Text an die drei Westmächte gerichtet war, führte er in der Bundesrepublik zu enormen öffentlichen Auseinandersetzungen und verstärkte vollends die Turbulenzen, mit denen Adenauer zu kämpfen hatte. Im Vorfeld dieser Ereignisse also reiste Niemöller nach Moskau.

2. Die Einladung nach Moskau

Unter den vielerlei Denkspielen, die amerikanische Politiker und Militärs über mögliche Rückwirkungen des Koreakrieges auf Westeuropa und vor allem Westdeutschland anstellten, begegnet auch das Modell eines von der westdeutschen Bevölkerung begrüßten „friedlichen Einmarsches“ der DDR „mit preußischen Militärmärschen, schwarz-weiß-roten Fahnen und der Proklamierung Pastor Niemöllers zum Präsidenten des so wiedervereinigten ‚Reiches‘“.²⁷ Es sei dahingestellt, wie ernst diese Spekulation gemeint war. Aber für viele Menschen in Amerika lag durchaus auf der Hand, warum Niemöller nach Moskau reiste. Wir haben gesehen, dass keineswegs kleine

²⁶ Vgl. dazu die in Anm. 15 genannte Literatur.

²⁷ Zit. bei N. Wiggershaus, *Entscheidung*, 1982, 342f.

Kreise in der Bundesrepublik genauso urteilen.

In der Tat war der hessische Kirchenpräsident einer der lautesten und entschiedensten Gegner der Teilung Deutschlands und insbesondere der Gründung zweier deutscher Staaten. Weil dieser Prozess vor allem von den USA vorangetrieben wurde, richteten sich der Zorn und die Empörung Niemöllers in erster Linie gegen diese Hegemonialmacht und dann vor allem gegen Adenauer, der diese Politik offenkundig aus voller Überzeugung betrieb.

So konnte die amerikanische Journalistin Marguerite Higgins den Lesern des New York Herald Tribune am 14. Dezember mitteilen, Niemöller habe ihr gegenüber erklärt, dass die von der Potsdamer Konferenz beschlossene deutsche Zentralregierung endlich eingesetzt werden müsse. Wären die Westmächte dazu nicht bereit, sollte Deutschland der UNO unterstellt werden. Andernfalls wären „beide, Deutschland und Europa, erledigt“. Über die Bundesrepublik hieß es sodann: „Ich kann Sie versichern, dass der abgetrennte westdeutsche Staat kein Wesen ist, das viele Jahrzehnte bestehen wird“. Und über Adenauers Kabinett urteilte Niemöller: „Die derzeitige westdeutsche Regierung ward empfangen im Vatikan und geboren in Washington. Die Fortdauer des westdeutschen Staates bedeutet den Tod des kontinentalen Protestantismus.“²⁸ In dem am 15. Dezember in der Wiesbadener „Neuen Zeitung“ veröffentlichten Interview hieß es zwar, Niemöller habe nicht gesagt, die Deutschen würden lieber vereint unter dem Kommunismus leben, als die Teilung ihres Landes zu akzeptieren. Aber die anderen Aussagen wurden im Wesentlichen bestätigt.

Dieselbe Einstellung brachte Niemöllers Brief an Heinemann am 22. Dezember zum Ausdruck.²⁹ Heinemann, Innenminister in der „derzeitigen westdeutschen Regierung“, hatte um eine Erklärung gebeten. Niemöller antwortete, es sei doch sonnenklar, dass der deutsche Protestantismus aufgrund des Ausgangs des Zweiten Weltkriegs enorme Verluste erlitten hätte. Warum dürfe man das nicht aussprechen? Angesichts der Fakten sei es dringend geboten, alles zu tun, um am Zusammenhalt Deutschlands und der Verbindung mit den Menschen und Christen im Osten festzuhalten. Keine wie auch immer gearteten Vorteile, die der Westen biete, dürften „zur Anerkennung des Status quo verführen“. Die moralische und konfessionelle Verpflichtung, für die Einheit Deutschlands einzutreten, verband Niemöller dann mit der weit verbreiteten Überzeugung, dass die Teilung der Nation den Weltfrieden bedrohe. Und diese Gefahr sah Niemöller durch die „Schaffung zweier deutscher Pseudostaaten“ beträchtlich vergrößert. Niemand, behauptete er weiter, mache sich noch ernsthafte Gedanken, wie die Aufspaltung Deutschlands rückgängig gemacht werden könnte. Deshalb appelliere er so laut und rücksichtslos an die Politiker, wieder zu den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz zurückzukehren – das war die Forderung der UdSSR – oder aber Deutschland der Verwaltung durch die UNO zu unterstellen – wozu sämtliche vier Siegermächte erklärtermaßen nicht bereit waren. Niemöller

²⁸ KJ 1949, 240f.

²⁹ Ebd., 250 – 253.

nahm die Weigerung der Alliierten, auf diese Vorschläge einzugehen, nicht zur Kenntnis. Ihm ging es schlicht um das ersehnte Ziel, nämlich den Fall des Eisernen Vorhangs, wodurch „der Weg zu einer demokratischen und eigenen deutschen Entwicklung“ frei würde.

Zu den Politikern, die sorgfältig die Äußerungen Niemöllers sowie die Reaktionen der westdeutschen Presse registrierten und darüber regelmäßig und ausführlich an ihre Regierung berichteten, gehörte der französische Hohe Kommissar André François-Poncet. Ihn irritierte offenkundig wie viele andere die verwirrende Persönlichkeit des Charismatikers und schlichten Christen, des nationalistischen Politikers und frommen Predigers Niemöller. Am 29. Dezember informierte François-Poncet seinen Außenminister über die Erregung, die in der westdeutschen Presse über Niemöllers jüngste Erklärungen herrschte.³⁰ Der Diplomat bescheinigte den Deutschen, mit ihrer Ablehnung der Darlegungen Niemöllers politische Reife an den Tag gelegt zu haben, da sie sich für die Freiheit und gegen eine Politik der Illusionen erklärt hätten. Doch man dürfe nicht übersehen, fuhr er fort, dass Niemöller in Deutschland nach wie vor ein beträchtliches Ansehen genieße.

Am 21. Dezember bat Adenauer Niemöller ebenso höflich wie kühl um den Wortlaut seiner umstrittenen Äußerungen „über die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland und über das Verhältnis zu Sowjetrußland“.³¹ Niemöller antwortete mit einer allgemeinen Erklärung. Adenauer beharrte auf der Zustellung des authentischen Textes seiner Ausführungen.³² Dabei merkte der Kanzler an, dass jenes Interview bekanntlich nicht nur in Deutschland, sondern „auch im Ausland und bei den hohen Kommissaren etwas peinliches Aufsehen erregt hat“. Niemöller entgegnete, er habe nicht nur in jenem Interview, sondern auch früher schon die Formulierung „im Vatikan gezeugt – in Washington geboren“ gebraucht. Gleichzeitig wies er „Belehrungen“ durch Adenauer schroff zurück. Er, Niemöller, habe in der Zwischenzeit sowohl mit François-Poncet als auch mit McCloy ausführlich gesprochen, so dass er „über die Auffassung dieser beiden Herren völlig im Bilde“ sei. Niemöller konnte derart selbstbewusst reden, weil er über gute politische Verbindungen verfügte und im Übrigen wusste, dass seine Stimme im In- und Ausland weit trug.

Niemöller schwieg auch in den folgenden Wochen und Monaten nicht, sondern wiederholte in vollbesetzten Sälen und Kirchen seine Attacken gegen die Bundesrepublik mitsamt dem hier herrschenden politischen Katholizismus und proklamierte dagegen das unbedingte Beharren auf der Forderung der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Die Verantwortung dafür

³⁰ Archives du Ministère des Affaires Etrangères (AMAE), Paris: *EU 1949 – 55, Allemagne*, Bd. 324.

³¹ Adenauer. *Briefe 1949–1951*, bearbeitet von H.P.Mensing. Berlin 1985, 147. Die Antwort Niemöllers und Adenauers erneute Aufforderung am 4. 1. 1950, ihm den „Wortlaut Ihrer gesamten Erklärung“ zuzustellen: ebd., 469f.

³² Schreiben vom 18. 1. 1950: Ebd., 161f. Dort, 478f., Anm. 2, auch Niemöllers Antwort vom 25. 1. im Auszug.

wies er den Siegermächten und der UNO zu.³³ Dass Niemöller es wagte, auf einer Veranstaltung in Tübingen im Februar 1950 im Beisein des Innenministers die Bonner Regierung scharf anzugreifen und Heinemann lediglich vorsichtig widersprach, als der Kirchenpräsident empfahl, anstelle der katholischen CDU eine neue, betont soziale und protestantische Partei zu gründen, erstaunte den französischen Berichtstatter sehr.³⁴ Und immer wieder behauptete Niemöller, dass seine Auffassung auch diejenige breiter Kreise in der DDR sei.

Weniger Beachtung fanden in derselben Zeit jene Vorträge Niemöllers, in denen er die Christen im Westen und Osten aufforderte, ihr Vertrauen allein auf Gott zu setzen. So unterstrich er z. B. im April in der Berliner Marienkirche, also im Osten der Stadt: „Die Gemeinde Jesu Christi hat wahrhaftig keine Angst vor dem Osten zu haben, wir haben wahrhaftig keine Hoffnungen in den Westen zu setzen. Zu dem Evangelium von Jesus Christus kann der Westen nichts dazutun, und der Osten kann nichts davon nehmen [...] Wir haben die Botschaft auszurichten, dass es keine höheren Zwecke in dieser Welt gibt. Die höheren Zwecke einer westlichen Kultur sind keinen Menschen wert; denn der Mensch war ja so viel wert, dass Gott seinen eingeborenen Sohn gab.“³⁵ Sahen die einen in Niemöller nur diesen Prediger des Evangeliums, begriffen ihn andere lediglich als einen dem Osten unkritisch zugewandten Politiker. Die fortwährende Irritation, die er hier und dort auslöste, bestand eben darin, dass er für beide Sichtweisen unentwegt reichhaltige Argumente lieferte.

Am 11. Juni 1950 wettete Niemöller in Düsseldorf gegen „die infame Lehre, wonach die Kirche zum Tode verurteilt sei, wenn sie sich eines Tages in einer bolschewistischen Welt vorfände“.³⁶ Immerhin lebe die Hälfte der evangelischen Kirche Deutschlands hinter dem Eisernen Vorhang! Auf den Glauben an Jesus Christus komme es an, fuhr Niemöller fort, nicht auf das Bauen auf die Parolen der Amerikaner. Ein Kommunist, hieß es weiter, sei keineswegs „ein Monster“ – und „vielleicht werden die Kommunisten und die Freudenmädchen das Himmelreich vor den Christen des Westens sehen“. Im August desselben Jahres teilte der hessische Kirchenpräsident einem Pfarrer mit, er verzichte „solange wir zwei verschiedene Regierungen haben (in Deutschland), auf die Ausübung meiner so genannten ‚staatsbürgerlichen Rechte‘ grundsätzlich, weil ich keine Verantwortung für das übernehme, was heutzutage geschieht.“³⁷

In die zunächst noch keineswegs endgültig entschiedene Auseinandersetzung zwischen Adenauer und Heinemann – erst am 9. Oktober akzeptierte

³³ Ausführliche Berichte darüber, u.a. vom 27.2., 6.3. und 14.3. 1950, finden sich im AMAE, Paris: *EU, Allemagne*, 49 - 55, Bd. 324.

³⁴ Bericht vom 27. 2. 1950: ebd.

³⁵ *KJ* 1950, 162 – 165.

³⁶ AMAE, Paris: *EU/ Allemagne*, 49 – 55, Bd. 324: Bericht vom 12. 6. 1950.

³⁷ Zit. bei Andreas Meier, *Hermann Ehlers. Leben in Kirche und Politik*. Bonn 1991, 512, Anm. 144.

der Kanzler den Rücktritt seines Innenministers – platzte dann am 4. Oktober Niemöllers Offener Brief an den Bundeskanzler im wahrsten Sinn des Wortes wie eine Bombe.³⁸ Niemöller warf dem Bundeskanzler in einem ausgesprochen rüden Ton vor, die „Remilitarisierung Westdeutschlands“ auf den verschiedensten Ebenen im Einvernehmen mit den Amerikanern und hinter dem Rücken des deutschen Volkes voranzutreiben. Hierbei handele Adenauer eindeutig weiterhin gegen den Willen der Mehrheit des deutschen Volkes, das weder dem Eisernen Vorhang noch der Gründung zweier deutscher Staaten und auch nicht der westdeutschen Verfassung zugestimmt habe. Diese sei im Übrigen „so geschickt gearbeitet, dass das deutsche Volk wieder in einen Krieg hineingestürzt werden kann, ohne dass es zuvor überhaupt gefragt wird“. Doch „evangelische Christen“ würden sich entschlossen und entschieden gegen die Militarisierung zur Wehr setzen. Deshalb forderten sie jetzt Neuwahlen. Denn der gegenwärtige Bundestag verübe „Volksbetrug“, wenn er über ein Problem entscheide, das 1949, bei den Wahlen, noch überhaupt nicht zur Diskussion stand, nämlich „dem Deutschen Bund die Vollmacht zu einer Kriegsrüstung oder Kriegsbeteiligung zu geben“. Falls die Westmächte deutsche Waffen und Soldaten verlangten, sollten sie es selbst befehlen „und sich nicht hinter einer deutschen Demokratie verstecken“.

Diese Polemik und die zumindest fragwürdigen Unterstellungen Niemöllers belegen einmal mehr, wie distanziert er der Bundesrepublik und ihrer Verfassung gegenüberstand. Im Übrigen hatte sich der hessische Kirchenpräsident bei der Abfassung dieses Schreibens mit keinem Mitglied des Rates der EKD oder einer anderen kirchenleitenden Persönlichkeit abgesprochen, wohl aber mit einigen Vertretern des Bruderrates der EKD. Denn am gleichen 4. Oktober 1950, an dem Niemöllers Offener Brief publiziert wurde, veröffentlichten Vertreter dieses Gremiums einen sachlich gleich lautenden Brief sowie eine „Handreichung an die Gemeinden zur Wiederaufrüstung“.³⁹ Auf die beträchtlichen kirchenpolitischen und politischen Auswirkungen dieses Vorgehens kann ich hier nicht weiter eingehen.⁴⁰

Niemöller fuhr jedenfalls fort, die Bundesrepublik und Adenauer zu attackieren. Am 15. Oktober hielt er, neben Dibelius und Heinemann, auf der Landesmännertagung in Frankfurt am Main eine große Rede, in der sich wieder politische Aussagen mit religiösen verbanden.⁴¹ Seinen Ausgangspunkt nahm der Kirchenpräsident bei der Sehnsucht aller Deutscher in Ost und West nach wirklicher Freiheit. Diese sei jedoch nur zu gewinnen, wenn man sich unter Gottes Gericht beuge, anstatt in Angst- oder Trotzreaktionen

³⁸ KJ 1950, 174f.

³⁹ Ebd., 176 und 169 – 174. Auf die theologisch und politisch höchst fragwürdige Argumentation dieser Texte sei nur hingewiesen. Dasselbe gilt für die Flugschrift „An die Gewehre? Nein“, in der Niemöllers Schreiben, die oben genannten Texte, aber auch eine besonnene Stellungnahme des Bruderrates der EKD vom 29. 9. 1950 (ebd., 167f.) veröffentlicht wurden.

⁴⁰ Vgl. dazu auch Karl Barth, *Offene Briefe 1945–1968*, hg. von Diether Koch. Zürich 1984, 203–214; KJ 1950, 210–213.

⁴¹ KJ 1950, 186–190.

auszuweichen. Eben das geschah jedoch nach seiner Überzeugung gegenwärtig in Westdeutschland mit der hier in Gang gesetzten Wiederbewaffnung, die zur Aufrüstung im Osten und somit zur Vertiefung der Spaltung Deutschlands führen müsse. Niemöller hob dann nachdrücklich die beträchtlichen politischen Unterschiede hervor, die zwischen der Bundesrepublik und der DDR existierten. Aber gerade deshalb dürfte der Westen die Menschen im Osten nicht allein lassen. Was, fragte Niemöller, könne man denn tun? Wesentlich bleibe die Beugung unter das Gericht Gottes, antwortete Niemöller, denn allein dadurch könnten Menschen die echte christliche Freiheit gewinnen, die über alle Grenzen hinweg verbinde, gerade auch die Menschen in beiden deutschen Staaten. In einer eigentümlichen Mischung aus geistlicher und politischer Zielsetzung verkündete Niemöller dann, gerade die evangelische Kirche habe „noch einen Auftrag für unser Volk“. Denn sie sei „nach Gottes Führung die letzte und einzige Größe, die noch für die Freiheit des ganzen Volkes ihre Stimme erheben kann“. Im gleichen Atemzug bestritt Niemöller sowohl Adenauer als auch Grotewohl „die Vollmacht“, für das ganze deutsche Volk zu sprechen und zu handeln. Der Kirchenpräsident beschloss seine Rede mit dem Gebetsruf: „Herr, mach uns frei!“ Das ließ sich kaum anders als die Aufforderung verstehen, sich sowohl religiös als auch politisch gegen die beiden existierenden Staaten für die Einheit Deutschlands zu engagieren. Adenauers Urteil über Niemöller dürfte deshalb nachvollziehbar sein: „Er ist ein Feind dieses Staates.“⁴²

Die Grundgedanken dieses Vortrags wiederholte Niemöller am 16. November in seiner alten Gemeinde in Berlin – Dahlem. Dabei betonte er, dass die 20 Millionen Deutsche in der DDR niemanden hätten, der sich um sie kümmere, schon gar nicht die Briten oder Amerikaner.⁴³ Die Westdeutschen müssten sich deshalb jetzt als die barmherzigen Samariter erweisen. François-Poncet schrieb darüber nach Paris: Dass Niemöller ausgerechnet in West-Berlin die Amerikaner angreife, zeige einmal mehr, wie sehr es ihm an politischem Verständnis fehle!⁴⁴ Überhaupt „träume“ er von einem „unmöglichen Neutralismus“, wodurch Deutschland sich „durch irgendein Wunder aus dem Spannungsfeld zwischen Ost und West heraushalten“ könnte. Aber auch in diesem Bericht unterstrich der französische Diplomat zuletzt, dass Niemöller nichtsdestoweniger eine wichtige und einflussreiche Gestalt im deutschen Protestantismus bleibe.

Am Ende des Jahres 1950 veröffentlichte das Gemeindeblatt „Bekennende Kirche auf dem Weg“ eine Würdigung Niemöllers, die weniger Aufschluss über die Fakten als über die Hochschätzung bietet, die er im Kreis seiner Anhänger genoss.⁴⁵ Niemöller habe, hieß es da, seinen Offenen Brief an Adenauer erst geschrieben, als „die Möglichkeiten persönlicher Fühlungnahme erschöpft und eine Aussprache völlig ergebnislos verlaufen war“. Das

⁴² H.-P. Schwarz, *Adenauer*, I, 1986, 772.

⁴³ Vervielfältigter Text des Vortrags, u.a. vorhanden im Archiv der Eglise Réformée, Paris, Nr. 33: *Papiers Nicolas*.

⁴⁴ Bericht vom 17. 11. 1950: AMAE, Paris. *EU, Allemagne 44 – 60*, Bd. 325.

⁴⁵ Jg. 1, 1950, Nr. 11/12. Zitate 26 und 29, Anm. 10.

entsprach nicht den Tatsachen. Und verzerrt wurde auch der Sachverhalt, wenn das Blatt fortfuhr: „Selbst über den Rücktritt Heinemans wäre man einfach zur Tagesordnung übergegangen. Niemöller hat es erreicht, dass die Sorge, die ihn und viele andere in der Öffentlichkeit bewegt, nicht länger totgeschwiegen, sondern wenigstens in der Öffentlichkeit laut werden kann.“ Der endgültige Rücktritt Heinemanns fand bekanntlich erst nach der Veröffentlichung von Niemöllers Schreiben statt! Eine ähnliche Auffassung vertrat der hessische Kirchenpräsident, als er Anfang April auf der Synode der EKD in Hamburg erklärte, er „brauche heute nicht mehr zu schreien; denn der Schrei, den ich ausgestoßen habe, ist von Sidney bis nach New York gehört worden.“ Und im Übrigen sei er überzeugt, zusammen mit Heinemann „eine politische Katastrophe im letzten Augenblick verhütet“ zu haben.⁴⁶ Meinte Niemöller damit den Ausbruch eines neuen Weltkriegs?

Die Politiker im Osten hörten Niemöllers Kritik an Adenauer sowie seine gesamtdeutschen Äußerungen verständlicherweise mit Freuden. Und es liegt auf der Hand, dass sie ihn ausgiebig für ihre Propaganda benutzten. Im Sommer 1949 hatte der Arbeitsausschuss der Deutschen Sektion des Weltfriedensrates in der DDR gefordert, die Zusammenarbeit mit anderen als den kommunistischen Kreisen und Kräften zu fördern.⁴⁷ Am 17. September 1951 kam es schließlich zu einem ausführlichen Gespräch zwischen Heinz Willmann, dem Generalsekretär des Deutschen Friedensrates, und Niemöller in Wiesbaden.⁴⁸ Willmann sprach „von dem großen Interesse, das die führenden Persönlichkeiten des Weltfriedensrates den Verhältnissen in Westdeutschland und dem Auftreten von Niemöller gegen den Krieg entgegenbringe“, überbrachte Grüße von Frédéric Joliot -Curie, dem Präsidenten des Weltfriedensrates, und fragte den Kirchenpräsidenten, ob er „prinzipielle Bedenken gegen die Teilnahme“ an den Aktivitäten der Bewegung habe. Das sei nicht der Fall, betonte Niemöller, doch dürfe man nicht behaupten, „dass er in allen Dingen derselben Auffassung sei, wie die Veranstalter“. Daraufhin lud ihn Willmann offiziell zur anstehenden Plenartagung des Weltfriedensrates in Wien ein. Niemöller erklärte, er habe keine Zeit. Zum Beweis zeigte er Willmann seinen randvollen Terminkalender. Der ließ nicht locker. Könnte der Kirchenpräsident nicht einen offiziellen Vertreter schicken? „Den Herren des Weltfriedensrats kommt es darauf an, dass ein Mann Ihres Vertrauens Gelegenheit hat zu beobachten, wie in unserer Bewegung Vertreter sehr verschiedener Art zusammenkommen, um sich über die Wege, die zum Frieden führen können, zu verständigen.“

Natürlich konnte Niemöller keinen offiziellen Vertreter seiner Kirche zum Weltfriedenskongress schicken. Aber, fuhr er fort, um jede sich bietende Gelegenheit zu nutzen, um für den Frieden zu wirken, wolle er im nächsten

⁴⁶ KJ 1951, 12.

⁴⁷ Sitzung des Arbeitsausschusses im deutschen Komitee der Kämpfer für den Frieden, 20.6. 1949: Bundesarchiv, Zwischenlager Dahlwitz-Hoppegarten. Bestand DZ 9, *Deutscher Friedensrat*, 6.21. Frau Dr. Ellen Ueberschär sei auch an dieser Stelle für ihre Unterstützung gedankt.

⁴⁸ Bericht Willmanns vom 20. 9. 1951: *Ebd.*, DZ 9/ 53. 262.

Monat nach Jugoslawien fahren, zum Friedenskongress in Agram. Dieser Plan missfiel Willmann ganz und gar, galt Tito doch im Ostblock seit 1948 als der hassenswerte Abweichler und Verräter. Niemöller meinte dann, von den Regierenden im Osten wie im Westen sei grundsätzlich nichts zu erwarten. Sie alle täten, was sie wollten, und untersagten, was ihnen keinen Nutzen brächte. Deshalb gelte es, die Bevölkerung zu mobilisieren. Er verstand sich selbst als ein „christlicher Realist“ und hielt deshalb wenig von friedlicher Koexistenz. „Ich glaube nicht daran, dass sich der Wolf mir zuliebe die Eckzähne abschleifen lässt. Das Schaf wird auch nicht anfangen, Fleisch zu fressen. Es wird wohl immer ein Kampf sein, dieses Nebeneinander.“ Aber darauf komme es an, wiederholte Niemöller, jetzt den Ausbruch eines neuen Weltkriegs zu verhindern. Und das schien ihm möglich, wenn es nur gelang, in Deutschland und darüber hinaus eine breite Bewegung für den Frieden zu schaffen.

Als Niemöller schließlich erklärte, dass die Sowjetunion nach seiner Überzeugung keinen Weltkrieg wolle, hakte Willmann erneut ein: Wenn der Kirchenpräsident so denke und die Notwendigkeit sehe, alles zu tun, um den Frieden zu sichern und einen Krieg zu vermeiden, müsse er doch jetzt öffentlich dem Appell der Volkskammer an den Bundestag und die Bundesregierung zustimmen. Darauf wollte Niemöller sich nicht festlegen lassen. Er müsse diesen Aufruf erst genauer studieren, habe auch nicht die Zeit, um Artikel und Broschüren zu verfassen, „und schreibe eine langsame und unbeholfene Feder [...] Im Übrigen bin ich Redner, aber kein Schreiber. Was ich Ihnen jetzt hier so gesagt habe, das verspritze ich mal da oder dort bei den verschiedensten Gelegenheiten“. Nun unterbreitete Willmann einen weiteren Vorschlag, um Niemöller für den Weltfriedensrat einzuspannen: Er habe jüngst erfahren, dass man in Moskau das Wirken des Kirchenpräsidenten für den Frieden mit großem Interesse verfolge. Man würde es dort sicherlich begrüßen, wenn Niemöller „sich selbst einmal durch einen Besuch über die Verhältnisse in der SU informieren“ wollte. Niemöller erklärte sich sofort bereit, bemängelte jedoch, dass er diesen Wunsch schon mehrfach erfolglos geäußert habe. Willmann belehrte den Kirchenpräsidenten nicht über seine engen politischen Verbindungen nach Moskau, sondern erklärte, dass eine derartige Einladung nur ergehen könne, wenn sichergestellt sei, dass sie auch angenommen würde. Niemöller: „Gut, dann wollen wir gleich nachsehen, wie die Sache aussieht. Also, ich schlage vor, dass man mir eine Einladung durch den Patriarchen zuschickt und zwar für die Zeit nach dem 27. Dezember des Jahres, also unmittelbar nach dem Weihnachtsfest. Da könnte ich für 14 Tage abkommen. Man muss die Einladung nur rechtzeitig ergehen lassen, damit ich disponieren kann. Annehmen werde ich sie auf alle Fälle, fahren werde ich unbedingt, das lasse ich mir von niemand verwehren, da können sie in der Presse hier schreien und hetzen, wie sie wollen. Ich fahre ebenso gut nach Moskau, wie ich nach Agram fahre oder sonst wohin, und ich habe Ihnen schon gesagt, dass ich alles tun will, was dem Frieden nützt.“

Genau so wurde dann verfahren. Am 17. Dezember 1951 übermittelte Willmann Niemöller die Einladung des Moskauer Patriarchen. Bei einer Besprechung am 23. Dezember kamen beide überein, die Presse erst nach Weihnachten mit einer knappen Notiz dahingehend zu informieren, „dass auch der Leiter des Kirchlichen Außenamtes der Evangelischen Kirche in

Deutschland seit Monaten mit Vertretern der Russischen Kirche in Verhandlungen steht wegen eines Besuchs zum Zwecke ökumenischer Information“. ⁴⁹ Diese Angabe verschleierte natürlich den wahren Hergang. Aber dem Generalsekretär des Nationalkomitees der Weltfriedensbewegung in der DDR konnte nicht daran gelegen sein, die eigene Mitwirkung offen zu legen. Und dasselbe galt für Niemöller. Immerhin wehrten sich die evangelischen Kirchen in der DDR gegen das mit psychischem und physischem Druck des Staates begleitete Drängen, sich der Weltfriedensbewegung anzuschließen. Am 11. Dezember 1950 hatte die Leitung der Kirchenprovinz Sachsen dagegen in einer ausführlichen öffentlichen Stellungnahme erklärt, dass der im Glauben an Jesus Christus gegründete Friede nicht „identisch oder vereinbar sei mit dem Frieden, den die Weltfriedensbewegung erkämpfen und erzwingen will“, und dass der von ihr erhobene politische Absolutheitsanspruch ihr „nach den göttlichen Geboten gerade nicht zukommt und von keinem gläubigen Christen zuerkannt werden kann“. ⁵⁰

Am 29. Dezember beriet sich Niemöller im kleinen Kreis über die bevorstehende Reise mit den Freunden und Kampfgefährten Heinrich Held, Ernst Wilm, Joachim Beckmann und Hans-Joachim Iwand. Helmut Gollwitzer, der verhindert war, schickte einen ausführlichen Brief. ⁵¹ Darin sprach er einerseits die selbstverständlich gegebene Gefahr des politischen Missbrauchs des Besuches an, unterstrich jedoch andererseits die Chance, den Sowjets darzulegen, dass die Kirche im Westen keineswegs nur aus Kriegstreibern bestehe und allein der hessische Kirchenpräsident für den Frieden kämpfe. Niemöller müsse sich jedoch jeden Augenblick bewusst sein, dass er stets auch mit dem Politbüro der KPdSU rede, weil der Patriarch „keinerlei Handlungsfreiheit“ besitze. Sodann mahnte Gollwitzer, den Sowjets klarzumachen, dass man im Westen das Reden vom Frieden an den entsprechenden Taten messe. Und unbedingt müsse Niemöller sich schließlich für die Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen einsetzen. Am selben 29. Dezember reagierte die Presse und brachte neben knappen Informationen die eingangs zitierten, zumeist negativen oder betont feindseligen Stellungnahmen.

Am 31. Dezember flog Niemöller mit seiner Tochter Hertha als Dolmetscherin von Frankfurt a. M. nach Ost-Berlin. Sie wohnten bei Grüber. ⁵² Außer einem Besuch bei Dibelius und einem Essen mit Grüber bei Nuschke kam es hier zu einem längeren Gespräch zwischen Niemöller und Bischof Boris, dem Exarchen der Russisch-Orthodoxen Kirche für Westeuropa. Niemöller unterstrich den Friedenswillen der westdeutschen Bevölkerung, der so groß sei, dass „die westdeutschen Politiker“ es nicht wagen könnten, „offen für die Vorbereitung eines Krieges einzutreten“. Deshalb werde von ihnen

⁴⁹ Zit. bei J. Niemöller, *Erkundung*, 1988, 16.

⁵⁰ *KJ* 1950, 132–135.

⁵¹ Zit. bei J. Niemöller, *Erkundung*, 1988, 17–21.

⁵² Das Folgende vor allem nach Georg O. Becker, *Einige Notizen zur Reise des Kirchenpräsidenten Martin Niemöller nach Moskau*, 2. 1. 1952: Deutscher Friedensrat, Bundesarchiv, Zwischenlager Dahlwitz-Hoppegarten, DZ 9/ 53.262.

behauptet, die Aufrüstung „sei im Interesse des Friedens notwendig“. An eine Bedrohung durch den Osten glaube er nicht. Ausführlich erläuterte Niemöller dem Bischof sodann seine Konzeption der Neutralisierung Deutschlands. Am frühen Morgen des 2. Januar 1952 flogen Niemöller, seine Tochter und der Sekretär von Bischof Boris von Berlin-Schönefeld nach Moskau.

3. Anwalt der Zielsetzungen Moskaus?

Die Russische Orthodoxe Kirche hatte für den hessischen Kirchenpräsidenten in der Woche vom 2. bis zum 8. Januar ein reiches Programm mit zahlreichen Besuchen, Begegnungen und Besichtigungen vorbereitet. Mit politischen Stellen kam Niemöller anlässlich seiner Bemühungen um die Freilassung deutscher Kriegsgefangener zusammen, u. a. bei Gesprächen mit dem Stellvertretenden Außenminister Walerian A. Sorin, dem späteren Botschafter der UdSSR in Bonn, sowie bei seinem schließlich erfolgreichen Drängen für die Erlaubnis eines Besuchs bei deutschen Vertragsarbeitern, die mit ihren Familien in der Nähe Moskaus lebten. Einige Kriegsgefangene erhielten aufgrund seines mutigen Eintretens für diese „Kriegsverbrecher“ tatsächlich ihre Freiheit zurück. Sein Besuch bei den Vertragsarbeitern löste dann in der Bundesrepublik eine öffentliche Kontroverse darüber aus, ob sich Niemöller nicht durch die Vorspiegelung falscher Tatsachen habe täuschen lassen.⁵³

Das besondere Interesse Niemöllers galt der Frage, ob es in Russland nach den Jahrzehnten zunächst brutaler Verfolgung und danach harter Unterdrückung noch eine christliche Kirche gab, die diesen Namen verdiente. Wieder und wieder unterstrich der Kirchenpräsident vor und nach seiner Moskauer Reise, dass ihn dieses Thema mehr als alles Andere beschäftige. Und nun erlebte er eine ihn tief beeindruckende Ursprünglichkeit russischer Menschen, insbesondere in den Gottesdiensten.⁵⁴ Geradezu begeistert erklärte Niemöller bereits im ersten Interview nach seiner Rückkehr, dass er in Moskau „echtes geistliches Leben“ gefunden habe, dass man „von einem stark pulsierenden kirchlichen und religiösen Leben“ in Russland sprechen könne und dass er sich dort geradezu „in die besten Jahre seiner Dahlemer Pastorenzeit zurückversetzt“ fühlte. Als ebenso beglückend erlebte Niemöller die Gespräche mit dem Patriarchen. Hier warb der Kirchenpräsident für die Aufnahme ökumenischer Kontakte, vor allem mit der EKD. Und er gewann den Eindruck, dass er mit diesem Wunsch auf wohlwollendes Interesse stieß.

Niemöller sah durchaus, dass er es mit einer eingeengten und bedrängten Kirche zu tun hatte. Doch die schlimmsten Zeiten der Verfolgung seien vorbei, urteilte er. Überall entdeckte der Kirchenpräsident nun Anzeichen des religiösen und kirchlichen Aufschwungs. Zwar existiere eine klare Trennung

⁵³ Informative Berichte darüber finden sich im EZA Berlin, 4/491.

⁵⁴ Epd vom 10. 1. 1952, zit. bei J. Niemöller, *Erkundung*, 1988, 95f.; ferner M. Niemöller, Zu meiner Moskaureise. In: Martin Niemöller, *Reden 1945–1954*. Darmstadt 1958, 203–208; Ders., *Deutschland wohin? Krieg oder Frieden*. Darmstadt 1952.

von Staat und Kirche, und die Kirche spiele in der Öffentlichkeit keine Rolle. Die Genossen besuchten sie selbstverständlich nicht. Aber, fügte Niemöller hinzu, das seien doch nur drei Millionen! Das Kirchenministerium lasse die Kirche gewähren, behauptete Niemöller. Es mische sich nicht in deren innere Belange ein, wie es ehemals im nationalsozialistischen Deutschland das Reichskirchenministerium tat. Und im Engagement für den Frieden stimme die Russische orthodoxe Kirche aus voller Überzeugung mit den staatlichen Aktivitäten überein.

Die Fehlerhaftigkeit dieser Aussagen ist offenkundig. Sicherlich lebte die Kirche auch unter der kommunistischen Herrschaft. Es stimmte auch, dass die Sowjets nicht dieselbe Kirchenpolitik betrieben wie die Nationalsozialisten. Aber von einer auch nur begrenzt selbständigen Kirche konnte keine Rede sein. Wenn Niemöller unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Moskau auf einer Veranstaltung des Deutschen Friedensrates erklärte, es gebe in Russland eine lebendige Kirche, „und deshalb wird sie auch etwas für die Verständigung, d. h. für den Frieden tun können“⁵⁵, hatte er erneut den mahnenden Hinweis Gollwitzers vergessen, dass der Patriarch „keinerlei Handlungsfreiheit“ besitze, dass vielmehr alles, was er sage und schreibe, vom Kreml diktiert werde. Für eine eigenständige Friedensbewegung fehlten hier somit sämtliche Voraussetzungen.

Niemöller zeigte sich regelrecht überwältigt von der Spiritualität seiner russischen Gesprächspartner. Diese Dimension zählte für ihn und deckte offenkundig Anderes zu. Insofern legte Niemöller hier eine unbestreitbare Naivität an den Tag. Für die kommunistischen Förderer seiner Reise bedeuteten solche Stellungnahmen des hessischen Kirchenpräsidenten freilich einen beträchtlichen propagandistischen Erfolg. Denn nun war aus berufenem Mund bezeugt, dass die Kirche in Russland nicht nur existierte, sondern trotz mancher Einschränkungen prinzipiell frei agieren und dabei ein blühendes geistliches Leben entfalten konnte.

So laut und demonstrativ Niemöller und seine Freunde betonten, der hessische Kirchenpräsident sei lediglich als Privatperson oder allenfalls als ökumenisch engagierter Theologe nach Moskau gefahren: Auf dem Hintergrund der skizzierten politischen Vorgänge bezweifelte kaum ein Zeitgenosse, dass die Einladung dem Mann galt, der aufgrund seiner zahlreichen Äußerungen sich auf einer Linie bewegte, die der östlichen Position sehr nahe stand. Daher rührten die unfreundlichen Äußerungen in Westdeutschland über seine Reise. Wir haben gesehen, dass sie zustanden kamen, weil die Sowjetunion ihn als einen Verbündeten ansah. Diese Einschätzung geht auch eindeutig aus einer Mitteilung hervor, die das sowjetische Außenministerium der SED am 5. Januar zukommen ließ, also zum Zeitpunkt, als sich Niemöller in Moskau aufhielt. „Es würden „alle notwendigen Schritte“ getan, hieß es da,

⁵⁵ Abschrift des Textes seiner Rede im Bundesarchiv, Zwischenlager Dahlwitz-Hoppegarten, DZ 9/ 478. 2490, Bd. 2. Weiter behauptete Niemöller hier, die gegenwärtig entscheidende Aufgabe sei die Verhinderung der Versuche, „das deutsche Volk zur Gluthitze des Kriegsverlangens zu bringen“. Das bedeute: „Wenn wir jetzt Zeit gewinnen, dann ist wirklich etwas gewonnen.“

um diesen Besuch „politisch bestens auszunutzen“. In Moskau sei bekannt, „dass N. einen großen Einfluss in Deutschland hat [...] Seine Ankunft wird heute von der gesamten zentralen Sowjetpresse gemeldet, was immer nur bei großen und geschätzten Persönlichkeiten geschieht.“ Darauf folgte die in die Form einer Empfehlung gekleidete Weisung, „dass die SED und die Regierung der DDR guten Kontakt mit N. suchen sollen“.⁵⁶

Niemöller war selbstverständlich kein Kommunist oder ein Freund dieses Systems. Was ihn mit den östlichen Machthabern verband, war die starke Hoffnung, dass sie sich für die Realisierung seiner Sehnsucht engagierten, die auf eine gesamtdeutsche politische Lösung zielte. Dahinter traten für ihn die brutalen Realitäten der gesellschaftspolitischen Umwälzungen in der SBZ deutlich zurück, angefangen bei der Bodenreform und den Enteignungen, über den Wahlbetrug im Oktober 1950 bis zur schrittweisen militanten Durchsetzung der marxistisch-leninistischen Ideologie mit ihren „Säuberungen“, Verhaftungen und vielfältigen Bedrohungen, die ein Klima der Einschüchterung und Angst erzeugten. Mit seiner Zustimmung zur Deutschlandpolitik der UdSSR sowie der DDR stand Niemöller damals keineswegs allein. Er war freilich ein besonders lautes und breitenwirksames Sprachrohr und ließ sich deshalb vom Osten hervorragend für die Propaganda nutzen. Diese Politiker erkannten sehr genau, dass Niemöllers Stimme Kreise erreichte, die ihnen als Kommunisten verschlossen blieben. Ob Niemöller das durchschaute, sei dahingestellt. Zu fragen ist auch, ob er nicht sich selbst, sein Tun und die öffentliche Zustimmung dazu, insbesondere in der DDR, in zunehmendem Maß überschätzte. Und um welchen Frieden ging es Niemöller? Das Wort hatte doch längst seine politische Unschuld verloren und taugte daher eher zur Vernebelung als zur Klärung! Und schließlich kranken Niemöllers Überlegungen und Zielsetzungen – wie diejenigen vieler Deutschen damals und danach – an einer enormen Überschätzung der eigenen, nationalen Möglichkeiten. Denn nicht die Deutschen, sondern die Siegermächte und unter ihnen insbesondere die Sowjetunion und die USA bestimmten das Geschehen. Davon war die Rede, wie auch davon, dass jene deutschen Politiker, die das begriffen hatten, alsbald im Westen ebenso wie im Osten die führende Rolle spielten. In der von Misstrauen und Feindseligkeit geprägten Zeit des Kalten Krieges dachte keine der Hegemonialmächte ernsthaft daran, seinen Teil Deutschlands in die Hände des Gegners geraten zu lassen oder eine Politik zu treiben, die ein solches Risiko umschloss. Insofern war es folgerichtig, dass Stalin am 1. April 1952 einer Delegation der SED die Weisung erteilte, eine eigene Armee in der DDR aufzubauen, einen eigenen Staat zu organisieren – und gleichzeitig für die Wiedervereinigung zu werben. „Man muss die Propagierung der Einheit Deutschlands die ganze Zeit fortsetzen. Das hat für die Erziehung des Volkes in Westdeutschland große Bedeutung. Jetzt habt Ihr diese Waffe in den Händen, man muss sie die ganze Zeit in den Händen behalten. Wir werden auch weiterhin Vorschläge zu Fragen der Einheit Deutschlands machen, um die Amerikaner zu entlarven.“⁵⁷

⁵⁶ Zit. bei M. Lemke, *Einheit oder Sozialismus?* 2001, 190.

⁵⁷ Zit. Bei W. K. Wolkow, *Deutsche Frage*, 2000, 45–47.

Bei allem seinem Reden und Tun verstand sich Niemöller freilich zuerst und vor allem als Christ, als Prediger und Pastor. „Ich bin als Mann der Kirche nach dem Osten gereist“, schrieb er in einem Bericht über seine Reise nach Moskau.⁵⁸ Insofern gab es für ihn auch eine eindeutige Rangfolge: An erster Stelle stand die Verkündigung des Evangeliums und der Glaube daran, alles Andere blieb dem nachgeordnet. Deshalb konnte Niemöller gegenüber scharfen bzw. überzogenen Urteilen bzw. Verurteilungen seiner Position relativ gelassen bleiben. Dasselbe gilt im Blick auf die Lobsprüche aus dem Osten. Niemöller verstand sich dem Westen wie dem Osten gegenüber in erster Linie als Zeuge einer anderen, tieferen, weltüberlegenen Wahrheit.

In dem Vortrag, den der Kirchenpräsident eine Woche nach seiner Rückkehr aus Moskau vor einem breiteren Publikum in Darmstadt hielt, unterstrich er eingangs, dass die Kirche auch jetzt, wie in der Zeit des Nationalsozialismus, Aufgaben wahrnehmen müsse, die eigentlich in die Verantwortung der Politiker gehörten. Gemeint war damit, dass diese es versäumten, sich um die Sicherung der Menschlichkeit generell und dann insbesondere des einzelnen Menschen zu kümmern. Das begriff nun Niemöller als die Aufgabe der Kirche.

Er wollte den Wert und die Würde jedes Einzelnen vor Gott und eben deshalb auch in der Gesellschaft bis in die sozialen und politischen Konkretionen hinein entfaltet, bezeugt und verteidigt sehen: gegen die realen Verhältnisse und allen Augenschein. Niemöller betonte deshalb, „dass unsere protestantische Verantwortung [...] in der Politik entschieden eine prophetische Aufgabe im weitesten Sinn des Wortes ist und sein muss“.⁵⁹ Hierbei handelte es sich um eine Richtungsangabe für das konkrete politische Handeln der Christen: Nicht in jenem ideologischen Sinn, der nach Niemöllers Überzeugung für die Politik in Ost und West kennzeichnend war, sondern gerade im Bemühen um den einzelnen Menschen. Zugespitzt konnte Niemöller deshalb auf der Sitzung des Bruderrates im Februar 1950 sagen: „Wir sind nicht dazu da, uns als Kirche den Kopf zu zerbrechen, wie wir die Welt erhalten, sondern wie wir ihr helfen.“⁶⁰ Auf derselben Linie lag die von ihm der Sache nach mehrfach wiederholte Aussage: „Ich verstehe von Politik nichts.“ Diese Dimension kam bei Niemöller eben nie als eine eigenständige in den Blick, sondern nur als der Raum, in den hinein er bemüht war, den christlichen Glauben konkret zu entfalten.

Wie das im Einzelnen aussah, lässt sich auch an dem erwähnten Darmstädter Vortrag veranschaulichen, den er am 17. Januar 1952 unter der Überschrift „Deutschland – wohin? Krieg oder Frieden“ hielt.⁶¹ Niemöller wiederholte zunächst die uns bereits bekannten Gedanken über die deutsche Teilung und die dadurch gegebene Kriegsgefahr. Eher nebenbei erwähnte er

⁵⁸ M. Niemöller, Zu meiner Moskaureise. In: Martin Niemöller. *Reden 1945 – 1954*. Darmstadt 1958, 203 – 208. Zitat 204.

⁵⁹ An Pfarrer Ohngemach am 14. 2. 1950, zit. bei A. Meier, *Hermann Ehlers*, 1991, 312.

⁶⁰ Ebd., 312f. Dort auch das folgende Zitat.

⁶¹ Darmstadt 1952.

die Wiederbewaffnung Westdeutschlands und die demokratische Staatsordnung. Erstere diene eindeutig nicht der Wiedervereinigung Deutschlands, sondern der Einbindung der Bundesrepublik in den Westen. Und was sei die Demokratie im Kriegsfall noch wert? Also komme es entscheidend darauf an, den Krieg zu verhindern und den Frieden zu suchen. Das aber geschehe am wirksamsten durch die Neutralisierung Deutschlands, besser noch Mitteleuropas. Die entscheidende Voraussetzung für alles das sei jedoch, dass man miteinander rede. Denn daraus erwüchsen Nähe und Verständnis füreinander – wie er, Niemöller, es jetzt in Moskau erfahren habe. Sich für Gespräche über Grenzen hinweg zu engagieren, sei deshalb im Besonderen die Aufgabe der Christen.

Dieser Gedanke kehrte in sämtlichen Berichten Niemöllers über seine Moskareise wieder: Durch Begegnungen und Gespräche werden Brücken gebaut, wird Koexistenz erprobt, Bruderschaft erfahren, erwachsenes Verständnis füreinander und Verbundenheit miteinander. So verstand Niemöller auch seine Bemühungen, die Russisch – Orthodoxe Kirche für den Weltkirchenrat zu gewinnen. Und dieselbe Bedeutung hatte für ihn die Ökumene insgesamt.

Die Geradlinigkeit dieser Haltung ist sicherlich beeindruckend. Gewonnen wurde diese Eindeutigkeit allerdings durch die Ausblendung oder doch Relativierung wesentlicher politischer Faktoren. Das Problem der Rüstung in Ost und West z. B. schob der Kirchenpräsident hier ebenso mit leichter Hand beiseite wie die Bedeutung und Verteidigungswürdigkeit der Demokratie. Und dasselbe ist im Blick auf die Außerachtlassung sämtlicher Machtfragen mitsamt der politisch-ideologischen Interessen der Alliierten zu konstatieren. Daraus resultierte freilich nicht eine Position oberhalb oder jenseits der Politik, sondern Hand in Hand mit der gewiss christlich gebotenen Forderung, Grenzen zu überschreiten, den einzelnen Menschen zu sehen sowie Nähe und Vertrauen untereinander herzustellen, proklamierte Niemöller ein eindeutiges politisches Programm. Weil dieser Übergang faktisch unreflektiert blieb, galt die von ihm bezogene Position recht selbstverständlich als die genuin christliche und daher im Grunde auch als die allein angemessene. Insofern gehörte zur Klarheit und Einlinigkeit der Argumentation Niemöllers immer auch die Polarisierung. Das rationale Abwägen unterschiedlicher Möglichkeiten, die nüchterne Prüfung von Chancen und Gefahren, kurz die Dimension des Politischen, fiel für Niemöller kaum ins Gewicht.

Für ihn als Christen, als Deutschen und Mann der Kirche gab es keine Möglichkeit, über die Not und das Elend, welche die Teilung Deutschlands mit sich brachten, nüchtern zu argumentieren oder gar distanziert hinwegzugehen. Er sah und erlebte, was nicht sein sollte, und was sich trotzdem zusehends verschlimmerte: Die Vertiefung der Zerreißen des Landes, den voranschreitenden Ausbau zweier deutscher Staaten sowie die Einbindung beider Teile in internationale Systeme. Dagegen begehrte Niemöller auf, aus nationaler, moralischer und christlicher Überzeugung. Doch so verständlich diese Haltung ist: Sie hebt die hier ausführlich entfaltete Fragwürdigkeit von Niemöllers politischem Reden und Handeln nicht auf. Aber gleichzeitig reicht diese Feststellung nicht aus. Denn in seiner beharrlichen Empörung, in seinem Aufbegehren gegen das, was unmenschlich ist und nicht sein darf, leuchtete

doch auch die Wirklichkeit des christlichen Glaubens auf: Der erbittert bekämpft, was nicht sein soll; der ohnmächtig erlebt, wie die alltägliche Politik solches Mühen plant; und der gleichwohl festhält an der unzerstörbaren Utopie der umfassenden Menschlichkeit, wozu die Nähe und Verbundenheit von Menschen über alle Grenzen hinweg gehört.⁶² Auch diese gewichtige Realität gehört zum Wirken Martin Niemöllers in den Anfangsjahren der Bundesrepublik.

⁶² An diesem Punkt sehe ich, anders als im Blick auf die historischen Zusammenhänge und Fakten, eine grundsätzliche Nähe zu den Ausführungen von Günther van Norden, Martin Niemöller im Kalten Krieg. In: Hermann Düringer/ Martin Stöhr (Hg.), *Martin Niemöller im Kalten Krieg*. Frankfurt a. M. 2001, 47–73.